Die amerikanischen Gäste begaben sich dann in das Auditorium maximum, wo als Vertreter der Pädagogik Professor Spranger zu ihnen sprach. Von Fichtes Reden an die deutsche Nation ausgehend, die weiter reichen als bis an die Grenzen eines engen Staatstums und die das Deutschtum als Kulturträger der Zukunft des Menschentums ansehen, zog er eine Linie zu den Gästen, die Träger des Deutschtums im fernen Westen wurden. Dort haben sie das Prinzip der allgemeinen Menschlichkeit als Erbe des Mutterlandes nicht nur hochgehalten, sondern sogar vermehrt, und auf dem Gebiete des Schulwesens blicken wir jetzt nicht als Lehrer, sondern als Schüler auf Amerika. Besonders dreier Punkte, die einst von Deutschland ausgingen und die es jetzt vom Westen zurückempfängt, gedachte er. Das ist die Idee des Kindergartens, der Gedanke der Arbeitsschule und der der staatsbürgerlichen Erziehung. Aber darin sind wir einig, so schloß Professor Spranger, wenn sich Pädagogen irgendwo auf der Welt begegnen, so wissen sie, daß die Zukunft des Volkes das einigende Moment ist. Er wünschte schließlich den Gästen, daß sie auch gute pädagogische Erinnerungen aus Deutschland mit auf die Reise in die Heimat nehmen möchten.

Der Abend vereinigte die Gäste zum Nachtmahl auf der Theaterterrasse. Heute morgen findet eine Besichtigung der von der Firma K. F. Köhler im Deutschen Buchgewerbehause veranstalteten Lehrmittelausstellung und ein Vortrag des Lehrers Löffler-Leipzig sowie eines der Gäste statt. Nachmittags erfolgen Führungen zu verschiedenen Sehenswürdigkeiten und Instituten.

25. Jubiläum des Verbandes Deutscher Bureaubeamten, Sitz Leipzig.

II.

** Leipzig, 5. August.

Die Veranstaltungen des Sonntags begannen mit einem pietätvollen Akte auf dem Johannisfriedhofe, der dem Begründer des Verbandes Deutscher Bureaubeamten, Karl Hauptmann, galt. Der Verbandsvorsitzende Emil Schöwitz-Leipzig gedachte der Verdienste des Verstorbenen um den Verband und legte am Grabe einen Kranz nieder.

Dann begann im Kristallpalast die

Jubiläums-Festsitzung,

die der Verbandsvorsitzende Emil Schöwitz mit einer Begrüßung der Ehrengäste und Mitglieder eröffnete. Er führte aus, daß der Verband stets ein sicherer Hort für die Mitglieder war, um ihnen in Zeiten der Not, in denen schnelle Hilfe am Platze war, beizustehen. Der Verbandsvorstand war sich stets des ernstlichen Verantwortlichkeitsgefühls bewußt und hat gern daran gearbeitet, den Beamten, die früher unbeachtet waren, das Ansehen zu verschaffen, das sie verdienen. Der Redner dankte den Abgeordneten des Reiches und der Bundesstaaten für ihre tätige Mithilfe, der Presse, die fördernd und aufklärend für die Interessen der Beamten eingetreten ist, und den Behörden.

Hierauf ergriff

Bürgermeister Dr. Weber

das Wort, um im Namen des Rates und der Stadt Leipzig die herzlichste Anteilnahme an dem Jubiläum des Verbandes zum Ausdruck zu bringen. Die Stadt habe ein großes Interesse an der Entwicklung des Verbandes, wisse sie doch selbst, was der Beamte zu bedeuten habe und welche Kraft dazu gehört, um im öffentlichen Amte zu wirken. Die 25 Jahre der Verbandstätigkeit seien von guten Erfolgen gekrönt gewesen. Der Jahresbericht gebe den besten Aufschluß über die Arbeiten des Verbandes.

Der Landtagsabgeordnete Hofrat Dr. Loebner-Leipzig begrüßte darauf, auch im Namen des anwesenden Landtags-Abgeordneten Nitzschke, den Verband. Die Abgeordneten bringen den Bestrebungen des Verbandes volles Verständnis entgegen und werden auch in Zukunft für die nötigen Forderungen der Bureaubeamten eintreten. Rechtsanwalt Dr. Kallir-Leipzig überbrachte die Glückwünsche des Deutschen Anwaltvereins und des Vereins Leipziger Anwälte. Schriftliche Begrüßungen und Glückwünsche waren eingegangen von Kreishauptmann v. Burgsdorff, Regierungsamtmannsrat Fischer für den Amtshauptmann Kammerherr v. Nostitz-Wallwitz, der Handelskammer Leipzig, von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Heinz Potthoff und Justizrat Dr. Joh. Junck, dem Landtagsabgeordneten Georg Wappler und vielen anderen Körperschaften. Ferner begrüßten noch Vertreter der sächsischen Vereinigung für staatliche Pensionsversicherung, des Verbandes deutscher Versicherungsbeamten, des Bundes technisch-industrieller Beamter, des deutschen Werkmeister Verbandes, des Bureaubeamten-Vereins Leipzig, des Verbandes Deutscher Güterbeamten-Vereinigungen, des Deutschen Techniker-Verbandes, des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, des Arbeitsausschusses nationaler Arbeiter- und Gehilfen-Organisationen, des Verbandes katholisch-kaufmännischer Vereinigung, des Verbandes Deutscher Musterzeichner und des Kreisvereins Brandenburg des Deutschen Bureaubeamtenverbandes, der Bezirksvereinigung Niedersachsen in Hannover, der Bezirksvereinigung Thüringen, der Bezirksvereinigung Königreich Sachsen, der Bezirksvereinigung Mecklenburg, der Bezirksvereinigung Pommern, der Bezirksvereinigungen der Hansastädte und Schleswig-Holstein und der Bezirksvereinigung Schlesien.

Der Verbandsvorsitzende Emil Schöwitz-Leipzig dankte den Ehrengästen für die Begrüßungsworte und besonders dem Rate der Stadt Leipzig für die dem Verbande geleistete Beihilfe zu den Kosten der Tagung.

Es erfolgte dann die Ehrung von acht verschiedenen Mitgliedern des Verbandes: der Herren Franz Lindner-Leipzig, Jul. Fichtner-Braunschweig, Franz Kampe-Zeitz, Albin Fahr-Leipzig, Carl Schmidt-Leipzig, Ed. Liebers-Ottendorf, Meyer-Hannover und Gustav Ziese-Magdeburg, denen die goldene Ehrennadel des Verbandes überreicht wurde.

Lübke-Berlin gab die Schaffung einer Jubiläumsspende durch die gesamte Mitgliedschaft des Verbandes im Gesamtbetrage von 332,5 Mark bekannt, die der Verbandsvorsitzende mit herzlichem Dank annahm.

Hieran schloß sich die

Hauptversammlung,

die der Verbandsvorsitzende Emil Schöwitz eröffnete. Vor Eintritt in die Verhandlungen gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Mitglieder, zu deren Ehrung sich die Anwesenden von den Plätzen erhoben. Darauf erfolgte die Absendung eines Begrüßungstelegrammes an das Ehrenmitglied Kaulisch. Den ersten Vortrag hielt der Verbandsvorsitzende Emil Schöwitz-Leipzig über die „Stellung der Bureaubeamten in der Privatangestelltenbewegung." Auf die Ausdehnung der Angestellten-Organisationen zunächst eingehend, schilderte er dann die Stellung der Organisationen zu einander, um dann speziell die Lage der Bureaubeamten zu besprechen. Diese sei eine ganz besondere, da die Arbeitgeberschaft der Bureaubeamten nicht aus ihren Reihen hervorgeht, sondern den Kreisen der Wissenschaft entstamme. Infolgedessen stehen sich auch Arbeitgeber und Arbeitnehmer ganz anders gegenüber als in den Kreisen der Handlungsgehilfen usw. Die Bureaubeamten haben schwer um die Existenz und die Förderung der Hebung des Standes kämpfen müssen. Alle Vorteile mußten in zähem Kampfe errungen werden. Er warf weiter die Frage auf, ob der Zusammenschluß in paritätischen oder nicht paritätischen Verbänden zu geschehen habe und kam hierbei zu dem Schluß, daß bei den doch nicht zu vermeidenden Gegensätzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der nichtparitätische Verband dem paritätischen vorzuziehen sei. Die Privatangestellten lehnen es aber ganz bestimmt ab, sich zur Durchdrückung ihrer Forderungen der Sozialdemokratie zu bedienen oder sich den freien Gewerkschaften anzuschließen. Das beweisen die kläglichen Mitgliedsziffern des sozialdemokratischen Gehilfen- und Bureaubeamtenverbandes. In den Bureaubeamten-Verbänden sei die politische Neutralität ein fundamentaler Grundsatz. Daß dies richtig ist, beweise die Zunahme des Verbandes Deutscher Bureaubeamter, dem in den letzten 1½ Jahren 2000 Mitglieder neu zugeströmt sind, das beweisen auch dessen sozialdemokratischen Erfolge.

Es folgte ein Vortrag des Herrn Paul Stengel-Gera über die „Ausbildung der Bureaubeamten und die Fachschulfrage". Der Vortragende führte aus, daß es die Pflicht des Lehrherrn sei, die Bureaulehrlinge in allen vorkommenden Bureauarbeiten zu unterweisen und auszubilden. Ferner hätten die Lehrherren die Pflicht zur Freigabe der zum Besuche einer Fortbildungs- oder Fachschule erforderlichen Zeit und zur Ueberwachung des regelmäßigen Schulbesuches. Diese Fragen seien durch Reichsgesetz zu regeln. Durch Landesgesetz sei die Fortbildungsschulpflicht aller Lehrlinge — auch der Bureaulehrlinge — anzustreben. Die Fortbildungsschulen sind fachlich zu gliedern und besondere Klassen, soweit tunlich, für jede Gruppe der Bureaulehrlinge oder für mehrere Gruppen zusammen zu bilden und in diesen Klassen Unterricht in Bureau-, Prozeß- und Rechtskunde zu erteilen.

Der nächste Vortrag wurde von Dr. Georg Jahn-Leipzig über

„Die Gehaltsfrage der Bureaubeamten"

gehalten. Hierzu wurde folgende Resolution gefaßt: „Die bisherigen Statistiken über die Gehalts- und Anstellungsverhältnisse der Bureaubeamten haben erwiesen, daß die Mehrzahl der Gehälter der Bureauvorsteher wie der Gehilfen namentlich in Anbetracht der starken Verteuerung der Lebenshaltung noch immer unzulänglich ist. Die am 4. August in Leipzig tagende Generalversammlung des Verbandes Deutscher Bureaubeamten hält es deshalb für dringend erforderlich, daß überall dort, wo die Verhältnisse nachweislich ungenügende sind, Verhandlungen mit den Arbeitgebern bzw. ihren Vereinen angeknüpft werden, als deren Ziel in erster Linie die Sicherung einer standesgemäßen Lebenshaltung durch Festsetzung von Mindestgehältern für Bureauvorsteher und für Gehilfen, die Beseitigung der Ueberfüllung des Arbeitsmarktes und des damit verbundenen Gehaltsdruckes durch Beschränkung der Lehrlingszahl und eine wegen der Verteuerung der Verhältnisse dringend notwendig gewordene allgemeine Erhöhung der Gehälter zu betrachten ist. Sollten die Verhandlungen abgelehnt werden oder scheitern, so ist unter Anwendung gewerkschaftlicher Mittel mit aller Energie auf Durchführung und Annahme der Forderungen zu dringen." Nach einer Diskussion erfolgte die Vertagung der Versammlung auf Montag. Dann begann die Generalversammlung der Sterbekasse des Verbandes, der ein Festessen folgte.

*

Das Festkonzert.

Nach dem Festessen fand abends im Theatersaal des Kristallpalastes ein Festkonzert statt, das sich eines sehr starken Besuches zu erfreuen hatte. Wiederum stellte die Kapelle des Infanterie-Regiments Nr. 107 die Orchestermusik, die ihre Vorträge mit großer Verve darbot. Das übrige Programm war den ausübenden Künstlern vorbehalten. So hörten wir zunächst Frau Therese Wiet und ihren Gatten Rudi Gfaller, die einzelne Lieder und Couplets sangen, die natürlich bei der Künstlerschaft der beiden Vortragenden durchschlagende Wirkung erzielten. Das Gleiche war bei Gaston Demme der Fall, der heitere Gedichte mit dem ihm eigenen Humor zum Vortrag brachte. Das Soloquartett „Mendelssohn" sang verschiedene Lieder, die sehr gut gefielen, zumal sie vortrefflich gesungen wurden. Zum Schluß kam das Ehepaar Wiet-Gfaller noch einmal und trug verschiedene Duette vor, die ihm ebenfalls wieder stürmischen Beifall eintrugen. Dann begann der Ball, der die Teilnehmer noch lange beisammenhielt.

Bundestag der nationalen Krankenkassenbeamten Deutschlands.

†† Leipzig, 4. August.

Am 20. November 1910 wurde in Leipzig ein Bund Deutscher Krankenkassenbeamten ins Leben gerufen. Als Hauptziele des Bundes stellte man auf die Förderung und Vertretung der Standesinteressen in nationalem Sinne, Hebung der dienstlichen Stellen usw. Die Gründungsursachen des neuen Verbandes waren ganz von selbst gegeben. Die große Zahl der nationaldenkenden Beamten in den Krankenkassen konnte in den freigewerkschaftlichen Verband der sozialdemokratischen Bureauangestellten, der sich einseitig in den Dienst einer Partei stellt, selbstverständlich nie und nimmer eine geeignete Vertretung ihrer Interessen finden. Die national gerichteten Beamten gründeten deshalb einen eigenen Verband, der sich bisher sehr gut entwickelt hat und schon dadurch seine Notwendigkeit beweist. Heute hielt der junge Bund im Rosental-Kasino seine Hauptversammlung ab, der am Sonnabendabend ein Kommers und eine Vorstandssitzung vorausgingen. Delegierte waren erschienen aus fast allen Teilen des deutschen Vaterlandes.

Die Tagung wurde von Verwaltungsdirektor Kempf, dem Bundesvorsitzenden, eröffnet. Er gab dem Wunsche Ausdruck, daß die gegenwärtigen Verhandlungen reichliche Früchte zeitigen möchten und hieß dann die Erschienenen herzlich willkommen. Von gegnerischer (sozialdemokratischer) Seite sei dem Bunde der Vorwurf gemacht worden, daß man sich zu einem nationalen Bunde zusammengeschlossen habe, weil man Morgenluft wittere; es erübrige sich, darauf einzugehen. Die überzeugten nationalen Krankenkassenbeamten hatten den anderen im gegnerischen Lager lange den Rücken gekehrt, bevor man an eine Reichsversicherungsordnung denken konnte. Die nationale Bewegung der Krankenkassenbeamten sei nicht künstlich hervorgerufen und könne nicht mehr aufgehalten werden. Man würde auch weiter in unwandelbarer Treue zu Fürst und Vaterland stehen. Am Schlusse seiner mit Beifall aufgenommenen Worte brachte der Vorsitzende auf Kaiser und König ein dreifaches Hoch aus. Herr Kempf verlas dann eine Reihe eingegangener Schreiben. Unter den Rednern der einzelnen Landes- und Ortsgruppen befand sich auch Herr Weber, Leipzig. Er hieß die erschienenen Kollegen im Namen der Ortsgruppe Leipzig herzlich willkommen.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung

Geschäftsbericht

sprach Herr Meyer-Dresden. Er führte aus, daß der Bund, der erst 1½ Jahre besteht, schon viel positive Arbeit geleistet hat. Eingehend behandelte der Referent dann die Gründung des Verbandes und die Ursachen, die dazu geführt haben, sie wurden gegeben durch die irrige Anschauung weiter Kreise, daß die gesamten Krankenkassenbeamten als Sozialdemokraten zu betrachten seien. Der Redner streifte auch die mancherlei Schwierigkeiten, die der neue Bund zu überwinden hatte und die er heute noch zu überwinden hat. Vor allem sind es die ungerechtfertigten Angriffe aus dem roten Lager, die sich sowohl gegen den Bund als auch gegen einzelne führende Persönlichkeiten richten. In mehreren Fällen sind die Beleidigungen von den Gerichten mit Geldstrafen gesühnt worden. Der Referent wies ferner darauf hin, daß der Bund an der Ausgestaltung der Reichsversicherungsordnung intensiv mitgearbeitet hat. Es haben Konferenzen mit Vertretern der einzelnen Parteien seitens des Bundes stattgefunden. Von dem Referenten wurde anerkannt, daß die Reichsversicherungsordnung den Beamten wesentliche Besserungen bringe. Was die Mitgliederzahl des neuen Bundes angeht, so betrug diese am Tage der Gründung 62, die in fünf Unterverbänden sich befanden. Heute hat sich die Mitgliederzahl ziemlich verdoppelt. Bei der Aufnahme neuer Mitglieder sollen solche Aufnahmesuchende, die dem Bureauangestelltenverband angehören, grundsätzlich vom Bund zurückgewiesen werden.

Dem

Kassenbericht,

der von Schatzmeister Wölk-Leipzig erstattet wurde, ist folgendes zu entnehmen: Der Rechnungsabschluß für das erste Geschäftsjahr (21.11. 1910 — 30.6. 1911) bilanziert mit 1789,60 ℳ. Das zweite Geschäftsjahr (vom 1.7. 1911 — 30.6. 1912) hat folgenden Abschluß aufzuweisen: die Mitgliederbeiträge brachten 4288,25 Mark und die gesamten Einnahmen 4852 Mark. Unter den Ausgaben figurieren die Kosten für die Agitation mit 335,78 ℳ, die Verwaltungskosten betrugen 175,25 ℳ, die Monatsschrift erforderte 2636,43 ℳ Unkosten. Die Ausgaben und Einnahmen stehen mit 4852 ℳ zu Buche. Der Kassenbestand betrug am 30. Juni 1912 1364 ℳ. Was die Mitgliederzahl des Bundes angeht, so betrug diese am 30. Juni d. J. 1219.

Geschäftsbericht und Kassenbericht fanden bei der Versammlung Anerkennung; den einzelnen Herren wurde unter Dank für ihre Mühewaltung Entlastung erteilt. Der folgende Redner, Kunze-Leipzig, hielt dann einen sehr gut ausgearbeiteten Vortrag über „Dienstordnung", dieser befaßte sich mit den Anstellungs- und Dienstverhältnissen der Krankenkassenbeamten; es sollen verschiedene Verbesserungen angestrebt werden. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Es schloß sich eine Diskussion an. Ueber „Geschäftsordnung des Vorstandes" (§ 8 der Satzung) sprach Meyer-Dresden. Der von ihm vorgelesene Entwurf fand die Zustimmung der Versammlung. Wegen der Errichtung einer Unterstützungskasse wurde vom Vorstand die Mitteilung gemacht, daß man die Einrichtung der Kasse auf ein Jahr hinausschieben will; die Anwesenden erklärten sich damit einverstanden. Der Jahresbeitrag soll nach einem Vorstandsbeschluß derselbe bleiben, wie bisher. Bei dem Punkte „Bundeszeitschrift" wurde unter Zustimmung der Versammlung beschlossen, die redaktionellen Aufwendungen für die Zeitung zu erhöhen. Weitergehend kam man zur

Neuwahl des Bundesvorstandes.

Es wurden in den Vorstand gewählt: für den Landesverband Sachsen: Emil Wölk-Leipzig, Runge-Leipzig, Hartmann-Dresden und Meyer-Dresden; für Rheinland und Westfalen (neu; an Stelle je eines wegfallenden Vertreters von Sachsen und Ostpreußen): Küpper-Köln und Witzkirchen-München-Gladbach; für Schlesien: Michael-Breslau; für Schleswig-Holstein: Walter-Kiel; der bisherige Bundesvorsitzende Kempf-Mannheim wurde ebenfalls wiedergewählt. Als Ersatzleute wählte man Weber-Leipzig, Gauer-Bromberg und Elbel-Weimar. Sämtliche Herren wurden einstimmig gewählt. Bezüglich der Verteilung der einzelnen Aemter im Bundesvorstand ist zu sagen, daß sie von den Vorstandsmitgliedern selbst vorgenommen werden wird. Eine längere Debatte rief dann ein Dringlichkeitsantrag hervor, der von Weber-Leipzig gestellt war und die Gewährung des Rechtsschutzes seitens des Bundes an die Mitglieder zum Inhalt hatte. Nach reiflicher Ueberlegung kam man zu dem Entschluß, den Vorstand zu ermächtigen, in geeigneten Fällen Rechtsschutz zu gewähren. Die Wiederwahl der bisherigen Kassen- und Rechnungsführer erfolgte einstimmig. Wegen der Wahl des Ortes, in dem der Bundestag 1914 abgehalten werden soll, wurde dem

---

einmal zur Ausnützung kommen wird, läßt sich bis jetzt nicht sagen.

Von Gundafi aus wählte ich den Weg über den Uidischdan-Paß. Meinen Weihnachtsheiligabend verlebte ich in etwa 2000 Meter Höhe im Zelt mitten auf dem Paß. Ein Riesenfeuer aus schnell zusammengeschleppten abgestorbenen Baumstämmen leuchtete hinunter in das Sustal und hinüber zu der breiten Kette des Antiatlas, die sich erstmalig von hier oben aus mir enthüllten. Dann stieg ich hinab zum Tale nach Aulus, einem Ort, der auf den Karten noch ganz wo anders liegt, als in Wirklichkeit, und der die Ostgrenze des Susgebiets bezeichnet. Hier residiert einer der sympathischsten Susfürsten, der Kaid Larbi Dordori, und bei ihm der deutsche Bergingenieur der Marrakesch-Bergbau-Gesellschaft, Herr Grosse, seit 18 Tagen — meiner Abreise aus Mogador — wieder der erste deutsche Landsmann, ja Europäer, den ich sehe, und gleichzeitig ein tüchtiger Geograph, dem ich manche wichtige Notiz verdanke. Wir feierten zusammen den 2. Weihnachtsfeiertag 1911 — im Sus!

Theater.

Leipzig, 5. August.

Neues Theater. Wagners Ortrud stellt eine der kompliziertesten, schauspielerisch und gesanglich schwierigsten Aufgaben. Frl. Stefanie Preißmann (zur Aushilfe vom Kasseler Hoftheater herbeigerufen) vermochte sie nicht durchaus zu lösen. Vollends nicht im ersten Akt. Fast eine Stunde lang scheinbar passiv neben anderen anziehenden Personen und inmitten einer erregten Handlung verweilen und dabei doch die stets sich steigernde innere Anteilnahme veranschaulichen müssen, ist freilich fast ein Unikum der dramatischen Literatur. Die genannte Künstlerin zeigte, daß sie brav gelernt und fleißig nachgedacht habe. Aber ihrer Mimik und Gestik fehlt noch die überzeugende, faszinierende Gestaltungskraft; der Erscheinung die Gewichtigkeit, dem Gesicht die Möglichkeit, der Spiegel dieses weiblichen Anthropodämons zu sein. Im zweiten Akt hob sich die Leistung ganz wesentlich; bei dem Anrufe Odhins gab die Sängerin große, schöne Töne, während oft ihr sympathisches Organ sich gegen Forsts bzw. Wagners bleigepanzertes Orchester ziemlich machtlos erwies. Außerordentlich erfolgreich bedacht war die Gastin auf scharf geprägte Aussprache und sinngemäße Deklamation, dank derer sie auch in der Domszene viel stärker und nachdrücklicher zu wirken vermochte als vorher, wo die Linien des Ganzen nicht selten zu verwischt erschienen, der Ausdruck (z. B. des Hohns über Tetramunds Gottesglauben) sich als zu wenig hart und unbarmherzig erwies.

E. S.

Kunst und Wissenschaft.

Bauberatung und Baukunst.

In der letzten Vertreterversammlung des Bundes Heimatschutz wurden vom Prof. C. Hägg-Dresden Leitsätze über Bauberatung und Baukunst aufgestellt, die bei der gegenwärtig immer kräftiger einsetzenden Heimatschutzbewegung von allgemeinstem Interesse sein dürften. Die Leitsätze wurden von der Versammlung einstimmig angenommen und haben folgenden Wortlaut:

1) Die außerordentliche Verwilderung, in die unsere Baukunst in Stadt und Land infolge der zur Genüge bekannten eigentümlichen Kulturentwicklung der letzten Jahrzehnte geraten ist, rechtfertigt und verlangt außerordentliche Maßnahmen.

2) Zu diesen gehören neben Meisterkursen und ähnlichen, auf die Erziehung des Bauhandwerks gerichteten Bestrebungen in erster Linie Bauberatungsstellen als derzeit einzige bekannte und erprobte Einrichtung zur unmittelbaren Verhinderung schlechter Neubauten, zum Schutze vorhandener Stadt- und Landschaftsbilder und zur Entwicklung des neuen Baugeschmacks bei Publikum und Baudeflissenen.

3) Organisation und Aufgabenkreis der einzelnen Bauberatungsstellen muß in Anpassung an die jeweils in Frage kommenden Verhältnisse geregelt werden.

4) Es muß jedoch grundsätzlich unterschieden werden zwischen Bauberatungsstellen für große Städte und solchen für kleinstädtische sowie ländliche Verhältnisse. Erstere, die dauernd mit den Arbeiten der in der Großstadt ansässigen Architekten zu tun haben, müssen einer vom Vertrauen der Fachgenossen berufenen und getragenen Sachverständigenkommission verantwortlich sein. Die Mitglieder dieser Sachverständigenkommission werden am besten aus den ansässigen Privatarchitekten und Baubeamten gewählt, wobei für dauernden Kräftewechsel zu sorgen ist. Die kleinstädtischen und ländlichen Beratungsstellen, die im allgemeinen mit den bescheideneren Leistungen künstlerisch ungeschulter Werkmeister zu tun haben, bedürfen einer solchen, auf dem Lande meist auch gar nicht zu beschaffenden Sachverständigenkommission nicht. Für sie genügt in der Regel die Berufung eines tüchtigen Bureauleiters.

5) Zur erfolgreichen Betätigung von Sachverständigenkommissionen und Bauberatungsstellen ist deren staatliche bzw. städtische Anerkennung dringend erwünscht.

6) Die Zahl der Bauberatungsstellen soll so bemessen werden, daß tunlichst jede Baupolizeibehörde imstande ist und verpflichtet werden kann, die ihr zugehenden Baugesuche einer Bauberatungsstelle vorzulegen.

7) Den Bauberatungsstellen eine über die Beratung hinausgehende verbietende oder vorschreibende Gewalt einzuräumen, wird im allgemeinen nicht notwendig sein, sofern nur die Baupolizeibehörden gewillt sind, den Forderungen der Bauberatungsstellen Geltung zu verschaffen.

8) Einheitliche Vorschriften für die Arbeitsweise der Bauberatungsstellen zu geben, ist bei der Mannigfaltigkeit der Verhältnisse in Deutschland nicht angängig. Immerhin sollte von den Bauberatungsstellen großer Kulturmittelpunkte nach Möglichkeit auch eine Kontrolle über die kleinen ländlichen Bauberatungsstellen ausgehen, um deren einheitliches und einwandfreies Arbeiten zu gewährleisten.

9) Diese Einheitlichkeit der Arbeit soll sich darin aussprechen, daß a. technisch und praktisch gesunden und damit ästhetisch befriedigende Bauten an Stelle der üblichen minderwertigen Leistungen gesetzt werden; b. historische Stilexerzien ebenso verhindert werden, wie anderseits unreife Versuche mit neuen Formen; c. alle ernsthaft arbeitenden wirklichen Architekten in ihren Werken gefördert und von bureaukratischer Knebelung einerseits sowie vor Erdrückung durch schlechte Umgebung anderseits geschützt werden; d. ein Zurückgreifen auf die lebensfähigen Elemente bodenständiger Bauweisen frei von Stilabhängigkeit gefördert wird, insbesondere auf dem Lande, dessen Bauleute diesen Rückhalt an der Ueberlieferung zurzeit noch weniger entbehren können, als die Architekten der großen Städte; e. besondere Sorgfalt gewendet wird auf genaue Prüfung aller angebotenen neuen Baustoffe, die zumeist Surrogate für altbewährte Materialien sind; soweit sie sich technisch und wirtschaftlich als gleichwertig erweisen, ist ihre baukünstlerische Bewältigung und ihre Einfügung in das Stadt- und Landschaftsbild eine wichtige Aufgabe der Bauberatungsstellen; f. alles vermieden wird, was auch nur äußerlich den Anschein von Wettbewerb den Privatarchitekten gegenüber erwecken könnte. Letzteren die vorliegenden Aufgaben zu übermitteln, muß das dauernde Bestreben der Bauberatungsstellen sein; denn

10) das Verhältnis der Bauberatungsstellen zu den Privatarchitekten soll das gegenseitiger Förderung sein. Die übertriebenen Klagen der Privatarchitekten über vereinzelte Mißgriffe in der Tätigkeit der Bauberatungsstellen werden rasch verstummen, sobald nur erst die Privatarchitekten (§ 4) sich als Mitarbeiter und Förderer um die Tätigkeit der Bauberatungsstellen kümmern. Sie werden dann einsehen, daß von gut organisierten Bauberatungsstellen nicht nur kein Schaden für sie erwachsen kann, sondern daß im Gegenteil die Bauberatungsstellen die Geschäfte der Privatarchitekten aufs beste vorbereiten und betreiben, indem sie das Publikum zu besserem Baugeschmack erziehen und so für die Arbeit des Architekten reif machen, und indem sie die freie Betätigung des Architekten decken gegen polizeilichen Schematismus einerseits und gegen Laienunverstand anderseits.

11) Es sei nachdrücklich betont, daß die Bauberatungsstellen wie alle derartigen aus der Not der Zeit geborenen Hilfsmittel keine dauernden Einrichtungen sein sollen, sondern daß sie die Aufgabe haben, sich selbst überflüssig zu machen.

SLUB
Wir führen Wissen.